

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 7/2012

Glück auf!



**Mehr Lohn
für alle Metaller!**

Geschafft: Einheitlicher Kollektivvertrag für Metallindustrie und Bergbau

PRO-GE

Inhalt:

EINHEITLICHER METALLER-KV BLEIBT ERHALTEN

Die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp haben den Arbeitgeber-Versuchen zur Aufspaltung des Metallindustrie-Kollektivvertrages eine eindeutige Abfuhr erteilt. Nach insgesamt 14 Verhandlungen konnten ein einheitlicher Lohnabschluss und der einheitliche Metaller-KV durchgesetzt werden. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne steigen um 3,4 Prozent

Seiten 4 bis 9

GEWERKSCHAFTEN IN DER SCHWEIZ

Schoki, Käs' und Berge: Das fällt den meisten wohl als erstes ein, wenn sie an die Schweiz denken. Die „Glück auf!“ hat die Klischees einmal links liegen gelassen und sich die Bedingungen für Gewerkschaftsarbeit in der Eidgenossenschaft angesehen.

Seite 13

AUS FÜR JACOBS-KAFFEE AUS WIEN

Die traditionsreiche Jacobs-Rösterei in Wien-Penzing wird zugesperrt. Der kleine, aber profitable Betrieb ist das Opfer von Geschäften auf der ganz großen Ebene, nämlich der Aufspaltung des drittgrößten Lebensmittelproduzenten der Welt.

Seite 19

PAPIER AUS VORARLBERG

Rund 300 Beschäftigte arbeiten bei Rondo Ganahl in Frastanz, der einzigen Papier- und Pappefabrik im Ländle. Hier wird Papier produziert, und zwar im großen Stil: Eine fertige Rolle enthält acht Kilometer Papier und hat ein Gewicht von fast drei Tonnen.

Seiten 14 und 15

PRO-GE JUGEND FÜR ENDE DER WEHRPFLICHT

Am 20. Jänner werden die ÖsterreicherInnen über die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres entscheiden. Die PRO-GE Jugend hat dazu Stellung bezogen und spricht sich klar für das Ende der Wehrpflicht und für ein freiwilliges Sozialjahr aus.

Seite 18

IMPRESSUM:

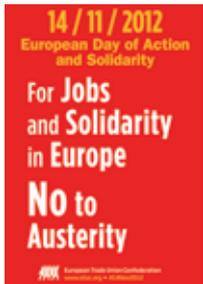
Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: office@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Robert Wittek. Redaktion (glueckauf@proge.at): Karin Prokop, Wolfgang Purer. MitarbeiterInnen: Martina Schneller. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Fotolia, Clean clothes/LBL_Will Baxter. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 26. November 2012.

Feststellung des Monats

Fabeln und Fakten

Bei KV-Verhandlungen gibt's keine Geschenke, das ist klar. Aber: Kein Chef erklärt den Beschäftigten frei heraus: „Am liebsten würden wir gar nichts dazu geben.“ Argumente müssen her, warum es - wenn's schon unbedingt sein muss - zumindest nicht viel sein soll. Dann sind z.B. die Aussichten, die bei der Aktionärsversammlung noch blendend waren, pünktlich zur Lohnrunde wieder ganz düster. Einer der absoluten Spitzenreiter der Lohnmäßigungs-Argumente: die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die durch die hohen Lohnabschlüsse so furchtbar leidet. Das WIFO hat nun allerdings festgestellt: Die Lohnstückkosten sind in Österreich zuletzt stärker zurückgegangen als bei den Handelspartnern, die Wettbewerbsfähigkeit hat sich also verbessert. Mehr noch: Im Fall einer Krise, meinte WIFO-Experte Leoni kürzlich, hätten die Lohnabschlüsse durch die Belebung des Konsums mehr positive Effekte, als sie im internationalen Wettbewerb an Terrain kosten.

KURZ NOTIERT



EGB-Aktions- und Solidaritätstag

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat seine Mitgliedsverbände für den 14. November zu einem europäischen Aktions- und Solidaritätstag aufgerufen. „Wir weisen schon seit Jahren darauf hin: Die Sparpolitik löst die Probleme nicht, sondern verschärft die Krise“, verlangt ÖGB-Präsident

Erich Foglar einen Kurswechsel. „Die Rezepte, die bisher angewendet wurden, machen nichts besser. Im Gegenteil: Sie zerstören unsere Arbeitsplätze und unser europäisches Sozialmodell.“

Einigung in der Mühlenindustrie

Am 7. November wurden die Lohnverhandlungen der Mühlenindustrie erfolgreich abgeschlossen: Die PRO-GE konnte die Arbeitgeber-Forderungen nach einem niedrigeren Mindestlohn abwehren („Glück auf!“ berichtete in der vorigen Ausgabe). Die Löhne steigen um 3,2 Prozent.

Österreicher zahlen mehr Lohnsteuer

Hatte 2010 die Steigerung beim Lohnsteueraufkommen 3,9 Prozent betragen, stieg es im Vorjahr um sechs Prozent. Das geht aus der Lohnsteuerstatistik der Statistik Austria hervor. Insgesamt zahlten die ArbeitnehmerInnen im Vorjahr 22,9 Milliarden Euro an Lohnsteuer. Neben der Umsatzsteuer ist die Lohnsteuer der bei Weitem größte Brocken der Steuereinnahmen.



Umfrage zur Jobzufriedenheit

70 Prozent der ÖsterreicherInnen sind mit ihrer Arbeitsstelle zufrieden. Das ergab eine Umfrage des Gallup-Instituts im Auftrag des Wirtschaftsblattes. Allerdings weist die Umfrage auch deutlich weniger erfreuliche Werte auf: Ein Drittel gab an, dass im Unternehmen Mobbing stattfindet. Noch schlimmer: In 69 Prozent dieser Fälle wird nach Angaben der Befragten von den Vorgesetzten kaum etwas dagegen unternommen. Und: Nicht einmal die Hälfte fühlt sich gut bezahlt.

Korrektur zur „Glück auf!“ 6/2012

Die Landeskonferenz der PRO-GE Vorarlberg findet am Samstag, den 15. Juni 2013 in Götzis statt und nicht, wie in der vorigen Ausgabe angekündigt, am 13. Juni.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

MEHR LOHN FÜR ALLE METALLER!

Dank eurer großartigen Unterstützung konnten wir die Beibehaltung des einheitlichen Kollektivvertrages Metallindustrie und Bergbau durchsetzen. Noch im September hatte der große Arbeitgeberverband der Maschinen- und Metallwarenindustrie die klassische Metalllohnrunde für „tot“ erklärt und im gleichem Atemzug massive Einschnitte im Rahmenrecht gefordert – sprich: länger arbeiten für weniger Geld. Die seit dem Frühjahr geplante Aufspaltungsstrategie der Arbeitgeber war spätestens zu diesem Zeitpunkt für alle Beteiligten offensichtlich: getrennte Verhandlungen aller sechs Arbeitgebergruppen der Metallindustrie und damit Schwächung der ArbeitnehmerInnen, um unterschiedliche Lohnabschlüsse und das Ende des einheitlichen Kollektivvertrages für alle 180.000 Beschäftigten zu erreichen.

Ende Oktober, nach 14 Runden und fast 100 Verhandlungsstunden, setzten sich Mitglieder, Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie GewerkschafterInnen durch. Der einheitliche Kollektivvertrag bleibt erhalten und es gibt einen gemeinsamen Lohnabschluss. Die Mindestlöhne steigen um 3,4 Prozent, die Ist-Löhne um 3,3 Prozent. Der KV gilt für den FMMI genauso wie für Gießereien, Fahrzeugindustrie, Gas- und Wärmeunternehmen, Nichteisen-Metallindustrie sowie für die Bergbau und Stahlindustrie, bei der es erst unmittelbar vor Inkrafttreten des neuen KV mit 1. November eine Einigung gab.

Entschlossenheit gab den Ausschlag. Der Hauptgrund, dass aus sechs getrennten Verhandlungen doch wieder ein einheitlicher KV wurde, war unsere Solidarität und Entschlossenheit. Der Konflikt um die Aufspaltung der Lohnrunde hat die MetallarbeiterInnen geeint, das betriebsrätlige Netz ist noch stärker geworden. Allein bei der BetriebsrätInnen-Konferenz von Vorsitzenden und StellvertreterInnen in Amstetten waren rund 1.000 TeilnehmerInnen aus ganz Österreich dabei. Die Betriebsversammlungen in mehr als 300 Unternehmen der FMMI kurz vor der entscheidenden vierten Runde brachten den Durchbruch bei den stockenden Verhandlungen. Diesen hohen Mobilisierungsgrad hat die PRO-GE nicht nur im Metallbereich, sondern auch zum Beispiel in der Chemischen Industrie oder Mineralölindustrie. Darum können wir grundsätzlich alle zwölf Monate neue Löhne mit den Arbeitgebern verhandeln. Zum Vergleich: In ganz Europa gibt es nicht mehr viele Gewerkschaften, die das zustande bringen. Ebenso haben flächendeckende Kollektivverträge Seltenheitswert. Eure PRO-GE hat eine große Durchsetzungskraft und die Basis dafür seid ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich danke für das Vertrauen und eure Mitgliedschaft.

Glück auf!
Rainer Wimmer



Metallindustrie:

Gewerkschaften setzen einheitlichen Kollektivvertrag durch

Erfolgreiches Ende der Marathonverhandlungen: Alle sechs Fachverbände der Metallindustrie schließen mit einem identen Ergebnis ab. Dank der großartigen Unterstützung der Mitglieder ist es gelungen, den gemeinsamen Kollektivvertrag für die rund 180.000 Beschäftigten durchzusetzen.

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.lohnstunden.at

waren meistens sehr partnerschaftliche Verhandlungsrunden und die Gewerkschaften bekennen sich zur Sozialpartnerschaft, die den Beschäftigten etwas bringt“, so Rainer Wimmer. Trotzdem kritisieren PRO-GE und GPA-djp weiterhin vehement die Beschlüsse einiger Arbeitgebergruppen zu getrennten Verhandlungen in der Metallindustrie. Diese Aufspaltung bleibt für die Gewerkschaften ein mutwilliger Bruch mit einer 40-jährigen erfolgreichen Verhandlungsgemeinschaft. Die Sinnhaftigkeit der aufgezwungenen Verhandlungsstruktur wird nach sieben Wochen KV-Marathon jeder betroffene Metall-Beschäftigte klar mit „Nein“ beantworten. „Ebenso schütteln wohl einige Arbeitgeber die Köpfe über so viel strukturelle Ineffizienz. Die Herausforderungen der Zukunft lassen sich so sicher nicht leichter bewältigen. Daher wollen die Gewerkschaften die Gespräche zu den KV-Verhandlungen mit den Arbeitgebergruppen weiter vertiefen“, sagt Rainer Wimmer.

Nach fast sieben Wochen, mehr als 100 Stunden und insgesamt 14 Verhandlungen mit den sechs Fachverbänden der Metallindustrie haben die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp am 30. Oktober ihr Ziel eines einheitlichen Kollektivvertrages und eines einheitlichen Lohn- und Gehaltsabschlusses für alle 180.000 Beschäftigten erreicht. In den frühen Abendstunden konnte auch mit dem letzten ausständigen Fachverband Bergbau-Stahl in der zweiten Runde eine Einigung erzielt werden. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen entsprechen den anderen fünf Abschlüssen. „Wir haben die gemeinsamen Beschlüsse der Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie Gewerkschaften für den Erhalt des Kollektivvertrages erfolgreich durchgesetzt“, betont Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der PRO-GE.

Aufspaltung verhindert Lösungen. Wie bei allen anderen abgeschlossenen Verhandlungen steigen die kollektivvertraglichen Mindestlöhne um 3,4 Prozent. Die IST-Löhne werden um 3,3 Prozent angehoben. „Es

Das Ergebnis im Überblick

- Erhöhung der Mindestlöhne um 3,4 Prozent
- Erhöhung der IST-Löhne um 3,3 Prozent
- Neuer Mindestlohn 1.636,35 Euro
- Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen um 3,4 Prozent
- Erhöhung der kollektivvertraglichen Zulagen und Aufwandsentschädigungen um 3,0 Prozent
- Geltungstermin: 1. November 2012
- Laufzeit: 12 Monate



KV-VERHANDLUNGEN METALLINDUSTRIE 2012

- 19.09.** ÜBERGABE FORDERUNGSPROGRAMM AN ALLE 6 FACHVERBÄNDE UND 1. RUNDE FMMI
- 26.09.** 2. RUNDE FMMI
- 05.10.** 3. RUNDE FMMI
- 10.10.** BR-KONFERENZ AMSTETTEN
- 15.10.** 1. RUNDE BERGBAU-STAHL
- 16.–17.10.** BETRIEBSVERSAMLUNGEN FMMI
- 18.–19.10.** 4. RUNDE UND ABSCHLUSS FMMI
- 19.10.** 1. RUNDE NE-METALL
- 22.10.** 1. RUNDE GIESSER
- 23.10.** 1. RUNDE FAHRZEUG
- 24.10.** 2. RUNDE UND ABSCHLUSS GIESSER
- 24.10.** 1. RUNDE GAS/WÄRME
- 25.10.** 2. RUNDE UND ABSCHLUSS FAHRZEUG
- 29.10.** 2. RUNDE UND ABSCHLUSS GAS/WÄRME
- 29.10.** 2. RUNDE UND ABSCHLUSS NE-METALL
- 30.10.** 2. RUNDE UND ABSCHLUSS BERGBAU-STAHL

Reallohnzuwachs. PRO-GE und GPA-djp haben es trotz verändertem und komplizierterem Verhandlungsablauf geschafft, einen deutlichen Reallohnzuwachs zu erreichen. Geltungstermin für den neuen einheitlichen Kollektivvertragsabschluss Metallindustrie ist der 1. November. Die von den Wirtschaftsforschern prognostizierte Jahresinflationsrate für das 2012 liegt derzeit bei 2,3 Prozent. „Das sehr gute Niveau der Lohn- und Gehaltserhöhungen wird in einigen Wochen noch deutlicher werden. Die Stärkung der Kaufkraft von allen 180.000 Beschäftigten und die Signalwirkung für andere Branchen werden auch der österreichischen Wirtschaft helfen. Vor allem bei den derzeit durchwachsenen Konjunkturprognosen“, betont der PRO-GE-Chef.

Vorgeschichte. Bereits im Frühjahr hatte der Fachverband Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI) das Verlassen der freiwilligen Verhandlungsgemeinschaft auf Arbeitgeberseite bekannt gegeben. Damit wurde den Gewerkschaften trotz massiver Proteste ein getrennter Verhandlungsablauf mit allen Fachverbänden aufgezwungen. Startschuss für die Herbstlohn- und -gehaltsrunde 2012 war dann die gemeinsame Forderungsprogrammübergabe am 19. September an alle sechs Fachverbände. Dem ersten Abschluss mit dem FMMI (insgesamt vier Runden) am 19. Oktober waren eine österreichweite BetriebsrätInnenkonferenz mit mehr als 1.000 TeilnehmerInnen und mehr als 300 Betriebsversammlungen (siehe Bilderserie) vorausgegangen. Danach folgten chronologisch Gießereiindustrie, Fahrzeugindustrie, Gas- und Wärmeunternehmungen, Nichteisenmetallindustrie und Bergbau-Stahlindustrie (je zwei Verhandlungsrunden).

Die größte Gruppe in der Metallindustrie nach Beschäftigtenanzahl ist der FMMI mit rund 120.000 Beschäftigten, gefolgt von Fahrzeugindustrie (30.000), Bergbau-Stahl (17.000), Gießereiindustrie (7.000), Nichteisen-Metallindustrie (6.500) und dem Fachverband Gas- und Wärmeunternehmungen (6.000).

14 Verhandlungsrunden waren notwendig

Der Marathon

Manchmal erscheint es beinahe langweilig, wenn überall steht „nach langen, schwierigen“ oder „stundenlangen Verhandlungen“. Es geht aber nicht wirklich um die Dauer, sondern um ein Ergebnis. Verteilungsgerechtigkeit ist das Ziel der Gewerkschaften, aber auch Kompromisse gehören dazu. Heuer dauerte der Kampf um höhere Löhne 94 Stunden, das sind vier Tage und acht Stunden Marathonverhandlungen.





Kollektivvertrag Metallindustrie und Bergbau

Heißer Herbst in Bildern

Spannender geht es nicht – der Verhandlungskrimi 2012 ist gelaufen. Die Gespräche waren aufgrund der Zersplittungsabsichten der Unternehmer erwartet schwierig. Unzählige Aktivitäten haben dann doch einen einheitlichen Abschluss für die Beschäftigten gebracht und für ein Happy End gesorgt. Hier die exklusive Bilderschau des heißen Herbstes.



Ein wichtiger Knackpunkt war die Betriebsrätekonferenz am 10. Oktober mit rund 1.000 TeilnehmerInnen.

In Amstetten wurde die weitere Vorgangsweise für die Kollektivvertragsverhandlungen einstimmig beschlossen.





Deutliches Signal in den Betrieben



Nachdem sich die Fronten in den Gesprächen verhärteten, fanden in mehr als 300 Unternehmen Betriebsversammlungen statt.



Das deutliche Signal und die rege Teilnahme in den Betrieben brachten wieder Schwung in die Verhandlungen.



Trotz Einschüchterungsversuchen ließen es sich die Beschäftigten nicht nehmen, die Versammlungen zahlreich zu besuchen.





Die Beschäftigten folgten aufmerksam den Berichten über die Kollektivvertragsverhandlungen.



Das mobile „Einsatz-team“ der Gewerkschaft PRO-GE besuchte in den heißen Wochen Metallbetriebe und informierte die ArbeitnehmerInnen.



Der Andrang und das Interesse waren enorm. Das Motto: „Nicht mutwillig zerstören, was für uns alle gut ist.“



Mobiles KV-Einsatzteam in Österreich unterwegs



JETZT GIBT'S WEIHNACHTSGELD



Starke Gewerkschaften, starker Kollektivvertrag

Alle Jahre wieder ...

... stellt sich die Frage, wer denn die ganzen Geschenke bringt: Der Weihnachtsmann? Oder doch das Christkind? Beim Weihnachtsgeld ist die Frage schon eindeutiger zu beantworten, denn das bringt einzig und allein der Kollektivvertrag.

So wie Kinder an Weihnachtsmann oder Christkind glauben, sind viele Erwachsene der Meinung, das Weihnachtsgeld sei gesetzlich geregelt. Doch die beiden Sonderzahlungen – so die offizielle Bezeichnung für das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld – sind genauso wenig ein gesetzlicher Anspruch, wie sie Geschenke sind. Denn für das Extra auf dem Konto zweimal jährlich sorgt der jeweilige Kollektivvertrag. Und Kollektivverträge existieren wiederum nur, weil es Gewerkschaften gibt.

Höhe des Weihnachtsgeldes. Die Höhe der Sonderzahlung hängt vom gültigen Kollektivvertrag ab. Meistens beträgt das Urlaubs- oder Weihnachtsgeld ein Monatsgehalt oder einen Monatslohn. In manchen Fällen kann es weniger sein. Wenn es im Kollektivvertrag vereinbart ist, müssen auch regelmäßig geleistete Überstunden und Prämien im Urlaubs- oder Weihnachtsgeld berücksichtigt werden.

Wann wird es ausbezahlt? Die Auszahlung der Sonderzahlungen hängt ebenfalls vom jeweiligen Kollektivvertrag ab. Das Weihnachtsgeld ist meist im November oder Dezember fällig. Manche Branchen zahlen die beiden Sonderzahlungen

(Urlaubs- und Weihnachtsgeld) nicht zweimal jährlich aus, sondern auf vier Termine aufgeteilt.

Das volle Weihnachtsgeld oder aliquot? Ist ein/e ArbeitnehmerIn das ganze Kalenderjahr im Betrieb beschäftigt, erhält er/sie das volle Weihnachtsgeld. Bei Ein- und Austritt im laufenden Kalenderjahr wird das Weihnachtsgeld nur aliquot, also nur der jeweilige Anteil ausbezahlt. Für Zeiten von Karenzurlaub, Präsenz- oder Zivildienst gebührt kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld.

Weniger als Urlaubsgeld? Obwohl Urlaubs- und Weihnachtsgeld in Bruttobeträgen gleich hoch sind, bleibt beim Weihnachtsgeld im Dezember netto oft weniger im Börsel. Das liegt an steuerlichen Regelungen.

Kein Gesetz. Nicht das Gesetz regelt Ansprüche auf Sonderzahlungen, sondern Gewerkschaften durch Kollektivverträge. Gewerkschaften setzten sich aktiv für die Beschäftigten aller Branchen ein, um das Weihnachts- und Urlaubsgeld zu vereinbaren. Dabei zeigt sich immer wieder: Je besser sich die ArbeitnehmerInnen organisieren, umso besser sind auch die Regelungen in ihren Kollektivverträgen.

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: www.lohnrunder.at

Rückwirkend ab 1. August: **Mühlenindustrie:** KV-Löhne und Lehrlingsentschädigungen +3,2 Prozent, neuer Mindestlohn 1.684,35 Euro; Dienstalterszulagen, Schmutzzulage, Erschwerniszulage und Zehrgeld +3,2 Prozent; Einmalzahlung für ArbeiterInnen und Lehrlinge von 60,- Euro; Überzahlungen bleiben in voller Höhe aufrecht.

Ab 1. Oktober: **Bäckergewerbe:** KV-Löhne +3,0 Prozent, Verwendungsgruppe 8 +3,7 Prozent, neuer Mindestlohn 1.226,64 Euro; Zulagen laut Lohnvertrag +3,0 Prozent.

Großbäcker: KV-Löhne und Lehrlingsentschädigungen +3,2 Prozent, neuer Mindestlohn 1.381,30 Euro; Zulagen laut Lohnvertrag +3,0 Prozent; Überzahlungen bleiben in voller Höhe aufrecht.

Ab 1. November: **Molkereien und Käseereien:** KV-Löhne +3,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.587,07 Euro; Dienstalterszulagen und Zehrgelder +3,0 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +3,2 Prozent; Einmalzahlung von 40,- Euro; Überzahlungen bleiben in voller Höhe aufrecht.

Sozial- oder Wirtschaftspartnerschaft

Sozialer Frieden in Gefahr?

Für die einen ist sie der Inbegriff des wirtschaftlichen Erfolgs, des Wohlstands und des sozialen Friedens in der Zweiten Republik Österreichs. Für die anderen ist sie Symbolfigur für den Ausverkauf von ArbeitnehmerInnen-Interessen. Sie polarisiert. Doch eines ist unbestritten: In dieser Form ist sie weltweit fast einzigartig. Die Sozialpartnerschaft – ein österreichisches Spezifikum.

BefürworterInnen

schwärmen von ihren Erfolgen, KritikerInnen bringt sie in Rage. Doch was steckt hinter den Mythen und Legenden der Sozialpartnerschaft, bei deren Benennung der Begriff der „Wirtschaftspartnerschaft“ gerne mal vergessen wird? In Österreich wird die Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft von vier Institutionen gebildet, die jeweils die Interessen verschiedener Gruppen vertreten. Arbeiterkammer (AK) und Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB) nehmen die ArbeitnehmerInnen-Interessen wahr. Für die ArbeitgeberInnen wirft sich die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) ins Zeug und für die Bäuerinnen und Bauern steigt die Landwirtschaftskammer in den sozialpartnerschaftlichen Ring.

Lehre aus der Ersten Republik. Die Wurzeln der konsensorientierten Kooperation reichen in die Anfänge der Zweiten Republik. Es galt damals, den Rückfall in die chaotischen Zustände der Vorkriegsjahre zu verhindern und so für sozialen Frieden zu sorgen. Man hatte erkannt, dass soziales Ungleichgewicht die Entwicklung eines Landes behindert. Fünf Lohn-Preis-Abkommen als erste freiwillige Vereinbarungen der Sozialpartner sorgten für maßvolle Lohnpolitik, aber auch moderate Preissteigerungen. In den nachfolgenden Jahrzehnten entwickelte sich die Sozialpartnerschaft

zu einem Instrument zur Gestaltung des Wirtschafts- und Sozialbereichs im Dialog zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen.

Viel Einfluss. Die Sozialpartner-Dachverbände verfügen über einen beträchtlichen Einfluss auf politische Entscheidungen und wurden daher des Öfteren als „Nebenregierung“ kritisiert. Doch der Erfolg gab dem Konzept recht. Streiks waren im Vergleich zu anderen Ländern kaum notwendig, um die Anliegen der ArbeitnehmerInnen durchzusetzen. KritikerInnen meinen, dass die ÖsterreicherInnen dadurch verlernt hätten, sich aktiv für ihre Interessen einzusetzen, und kaum streikbereit wären. Doch die Kampfmaßnahmen im letzten Jahr in der Metallindustrie haben gezeigt, dass die ArbeitnehmerInnen sehr wohl imstande sind Konflikte auch härter auszutragen – und das mit Erfolg.

Sozialpartnerschaft auf dem Prüfstein. Veränderte gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen, Neoliberalismus und die Globalisierung haben ihre Spuren auch in der Sozialpartnerschaft hinterlassen. Im Vergleich zu ihrer Blütezeit in den 70er-Jahren hat sie an Einfluss verloren, findet aber innerhalb der österreichischen Bevölkerung nach wie vor Zustimmung. Inzwischen steht die Sozialpartnerschaft Jahr für Jahr auf dem Prüfstein, wenn es bei den Kollektivvertragsverhandlungen darum geht, den sozialen Ausgleich für die ArbeitnehmerInnen zu erreichen. Dass dies vermehrt mit Kampfmaßnahmen einhergeht, ist kein Zufall. Unter dem Vorwand des internationalen Wettbewerbs und dem Druck der Aktienmärkte verlangen die ArbeitgeberInnen immer öfter einseitige Einschnitte zulasten der ArbeitnehmerInnen und verlassen damit den bewährten Weg des Interessenausgleichs. Wer derart an der „Partnerschaft“ rüttelt, muss mit entsprechenden Reaktionen rechnen. Wie lange diese Partnerschaft noch funktioniert, wird von den AkteurInnen abhängen und vom Willen, den sozialen Frieden in Österreich auch in Zukunft zu erhalten.



2012 haben folgende PRO-GE TeilnehmerInnen die Sozialakademie erfolgreich absolviert (im Bild v. l. n. r.): Christian Illitz (PRO-GE Jugend Wien), Thomas Klösch (PRO-GE Jugend Ktn.), Roman Kraushofer (PRO-GE Jugend NÖ), Astrid Knapp (Elin Motoren), Wolfgang Fritz (Grass), Nicole Panholzer (PRO-GE Jugend OÖ), Manfred Jeschonig (Treibacher Industrie), Elfriede Schober (Miba Sinter Austria), Florian Tatschl (Lenzing Plastics), Günther Stöllner (Vetropack Austria), Markus Wagner (Flowserve). Im Namen der PRO-GE gratulierte Bildungssekretär Reinhard Altenhof (im Bild ganz links). Die PRO-GE gratuliert zum SOZAK-Abschluss.

SPITZENKRÄFTE DER ARBEITNEHMER- INTERESSENVERTRETUNG

Der zehntonatige Lehrgang der AK-Sozialakademie vermittelt den TeilnehmerInnen Kenntnisse und Fähigkeiten für eine kompetente und effiziente Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene. Die Sozialakademie gilt als höchste Stufe der gewerkschaftlichen Bildung.

VON DER „GENERATION PRAKTIKUM“ ZUR „GENERATION 60+“

Herbstschwerpunkt im Museum Arbeitswelt Steyr. Der Blick auf die Bevölkerungsentwicklung zeigt unmissverständlich: Europa altert. Das Auseinanderdriften der Lebensstile von Jung und Alt, der gesellschaftliche Wertewandel, die Altersvorsorge und das Gesundheitswesen stellen uns vor vielfältige Herausforderungen im Umgang miteinander.



Eine tiefer gehende, zukunftsorientierte, offene Auseinandersetzung bleibt dabei nur allzu oft auf der Strecke. Das Museum Arbeitswelt Steyr zeigt noch bis 16. Dezember die Plakatausstellung Generation Praktikum, die Sonderschau Lebenslinien – Menschen in Afrika und Europa sowie das Pilotprojekt GenerationenUNI 2012.

www.museum-steyr.at



CLEAN-CLOTHES-KAMPAGNE: AUFFORDERUNG AN KIK

Brand in pakistanischer Textilfabrik

Fast 300 ArbeiterInnen starben am Dienstag, den 11. September bei einem Brand in der Fabrik „Ali Enterprises“ in Karachi, Pakistan. Zur Zeit des Feuers wurden dort Jeans für den deutschen Discounter KIK produziert. Obgleich KIK angibt, einen Verhaltenskodex für Zulieferer zu haben, hat dieser Vorfall auf tragischste Weise gezeigt, dass solche Unternehmen nicht in der Lage sind ihre Zulieferketten in angemessener Weise zu kontrollieren.

Wie Clean Clothes berichtet, sah sich KIK dazu gezwungen, seine Rolle in der Tragödie anzuerkennen. Jedoch hat das Unternehmen es bislang abgelehnt, sich an einem ernsthaften Dialog zu beteiligen und es hat noch keine Maßnahmen getroffen, um in diesem Fall wirksame Hilfe bereitzustellen. Clean Clothes fordert KIK nun auf, weitere Käufer zu benennen und die Opfer des Fabrikbrandes in Pakistan zu entschädigen. Per E-Mail können sich Kundinnen und Kunden an der Aufforderungsaktion beteiligen.

Linktipp: www.cleanclothes.at

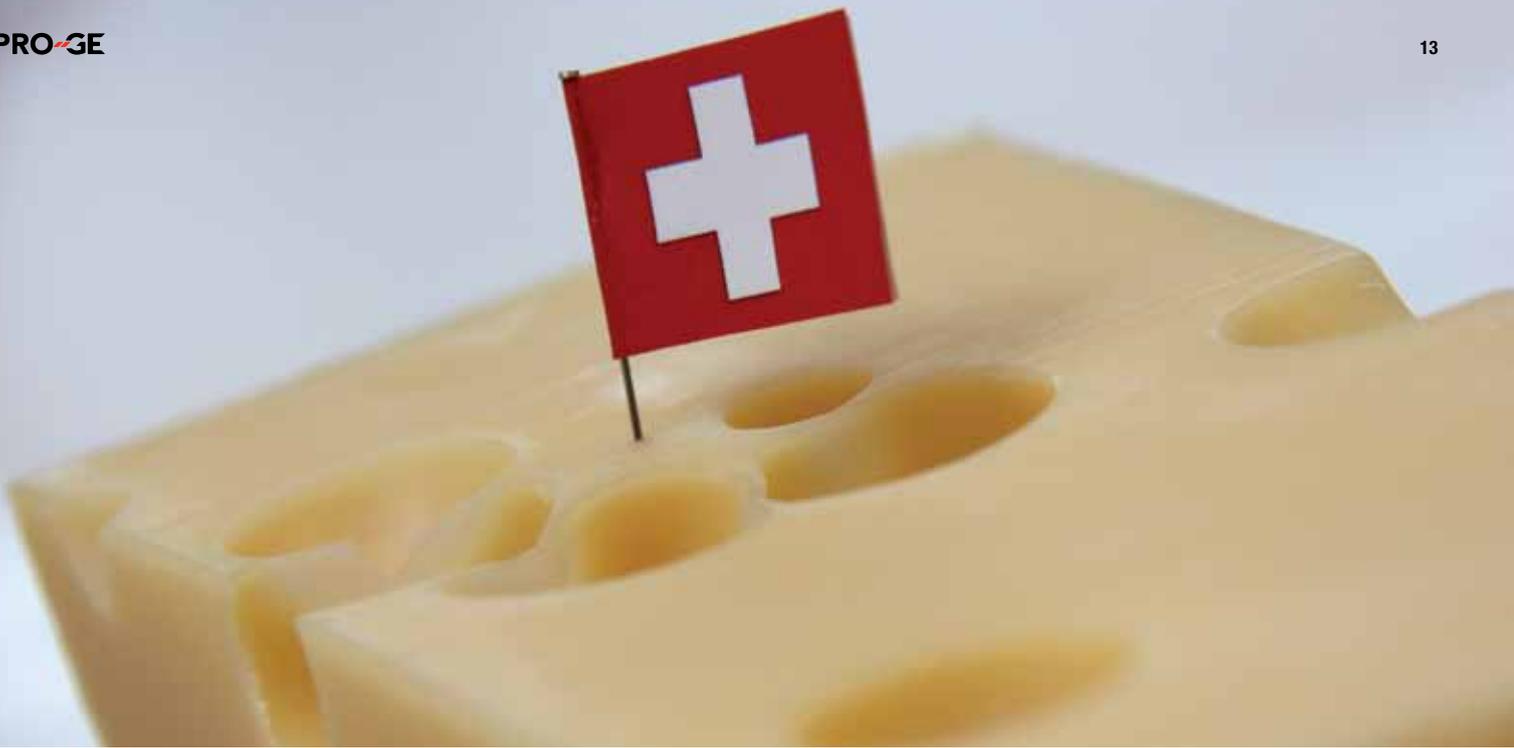
BUCHTIPP

VERTEILEN STATT VERSPIELEN

Wer für mehr Verteilungsgerechtigkeit und höhere Steuern eintritt, setzt sich leicht dem Vorwurf aus, Mitglied einer Neidgesellschaft zu sein. Aber die Verteilung der Markteinkommen ist Ausdruck gesellschaftlicher Werturteile und nicht individueller Leistungen. Zudem sind ungleiche Gesellschaften nicht ökonomisch erfolgreicher, im Gegenteil, die krisenverursachenden Faktoren werden verstärkt. Wir brauchen ein Umdenken und einen Kurswechsel hin zu einer Politik, die für eine faire Verteilung von Einkommen und Vermögen sorgt.

Katzian/Bauer/Mum: *Verteilen statt verspielen*, ÖGB Verlag, 2012, 175 Seiten, EUR 29,90, ISBN 978-3-7035-1562-0
Erhältlich in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21,
Tel.: (01) 405 49 98-132, E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at





Fokus Schweiz

Betriebsrat ohne Kündigungsschutz

Rechte und damit auch der Einfluss der Arbeitnehmervertretungen sind in der Schweiz im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern eingeschränkt. So werden etwa Betriebsrätinnen und Betriebsräte immer wieder gekündigt.

In einer immer unsicherer werdenden wirtschaftlichen Situation und trotz eines hohen Frankenkurses, der Schweizer Exporte empfindlich verteuert, kann sich die Schweizer Wirtschaft dennoch vor allem in den Kernbranchen Maschinenbau, Pharmaindustrie und Uhrenherstellung weiterhin gut behaupten. 2011 ist die Beschäftigung in der Schweizer Wirtschaft um 14.000 auf über 700.000 Stellen gestiegen.

740.000 der fast 3,4 Mio. Erwerbstätigen sind gewerkschaftlich organisiert. Ihre größte Organisation ist der sozialdemokratisch orientierte Schweizer Gewerkschaftsbund (SGB) mit 16 Fachverbänden

und rund 368.000 Mitgliedern. „Travail Suisse“ hingegen ist aus der christlich-sozialen Gewerkschaftsbewegung entstanden und mit über 164.000 Mitgliedern der kleinere Dachverband.

Leiharbeits-Vertrag. Die 2004 gegründete Unia verhandelt als größte Einzelgewerkschaft der Schweiz die Arbeitsbedingungen und Löhne von mehr als einer Million Menschen in fast allen Bereichen der Privatwirtschaft in sogenannten „Gesamtarbeitsverträgen“ (GAV) aus. 2011 gelang Unia der Abschluss eines branchenübergreifenden GAV Personalverleih. Mit über 270.000 davon erfassten ArbeitnehmerInnen ist dies einer der größten GAV, der für LeiharbeiterInnen in der Schweiz verbindliche Mindestlöhne, eine Krankentaggeldversicherung und Weiterbildungsmöglichkeiten regelt.

Forderung: 4.000 Franken Mindestlohn. In der Schweiz gibt es keinen gesetzlich festgelegten Mindestlohn. 2011 starteten die Gewerkschaften eine Initiative für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 4.000 Franken brutto (rund 3.300 Euro), die jedoch bis jetzt nicht umgesetzt werden konnte. Dies scheint auf den ersten Blick viel, ist bei den hohen Lebenshaltungskosten und nach Abzug der Sozialversicherung aber we-

nig für Schweizer Verhältnisse. Ende Juni 2013 läuft einer der wichtigsten Kollektivverträge der Schweiz, der Gesamtarbeitsvertrag in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie für über 300.000 Beschäftigte, aus. Unia fordert im Rahmen der Verhandlungen eine Anhebung der Löhne um rund 100 Franken. Die Verhandlungen werden hart werden. Unia befürchtet den Verlust von 10.000 Arbeitsplätzen in der Maschinenindustrie. Einige Unternehmen sind bereits dazu übergegangen, den Druck auf die ArbeitnehmerInnen abzuwälzen – durch Arbeitszeiterhöhungen, indem sie zum Beispiel Gratis-Überstunden angeordnet oder Grenzgänger in Eurolöhnen bezahlt haben.

Kein Kündigungsschutz. Mehr Schutz für aktive GewerkschafterInnen lautet eine weitere Forderung: Mitglieder der Arbeitnehmervertretung dürfen zwar vom Arbeitgeber „nicht benachteiligt“ werden, einen besonderen Kündigungsschutz gibt es jedoch nicht. Die Regierung hat bis heute noch nicht darüber entschieden, ob sie dem Parlament einen Gesetzesentwurf mit Strafen für ungerechtfertigte Entlassungen und verbesserten Kündigungsschutzbestimmungen vorlegen wird. Mit ihrer passiven Haltung verletzt die Schweiz internationales Recht. Außerdem gibt es in der Schweiz auch kein Recht auf eine überbetriebliche Vertretung auf Konzernebene.

Betriebsreportage

Bei Rondo steht Sicherheit an erster Stelle!

In Frastanz steht die einzige Papier- und Wellpappeproduktion Vorarlbergs. Die Rondo Gagnahl AG hat hier den Stammsitz. Im Betrieb arbeiten rund 300 Beschäftigte, darunter auch mehr als 20 Lehrlinge. Die Lehrberufe umfassen unter anderem Verpackungs-, Maschinenbau- und Papiertechnik.



Bereits seit 1911 wird am Standort Frastanz produziert. Als Rohstoff findet ausschließlich Altpapier Verwendung. Die Rondo-Gruppe hat weitere Standorte in Tirol und der Steiermark und ist auch in den Ländern Ungarn und Rumänien vertreten.





Betriebsratsvorsitzender Eduard Scherrer (rechts) vertritt nicht nur die Kolleginnen und Kollegen in Vorarlberg, sondern er betreut mit seinem Team auch die MitarbeiterInnen am Tiroler Standort Hall. Dort sammeln, sortieren und bereiten rund 140 Beschäftigte Altpapier auf, welches wertvoller Rohstoff für die Wellpapperohrpapierproduktion in der Papierfabrik Frastanz ist.

Im 5-Schichtbetrieb läuft die Papiermaschine sieben Tage die Woche. Eine fertige Rolle mit 8.000 Metern Papier hat ein Gewicht von etwa 2.800 Kilogramm. Auf der Papiermaschine werden Wellpapperohrpapier gefertigt. Auch ein Abriss ist für die eingespielten MitarbeiterInnen kein Problem. Im Eiltempo wird die Maschine gesäubert, in spätestens einer Stunde läuft die Produktion wieder.



Im Wellpappewerk werden innovative Verpackungen produziert, gestanzt und in bis zu sechs Farben bedruckt.



Die Transport- und Verkaufsverpackungen gibt es nahezu in allen Formen und Farben.



Betriebsrat Eduard Scherrer hat in den vergangenen Jahren viel für die Kolleginnen und Kollegen erreicht. Das Betriebsklima ist sehr angenehm und es wird laufend an spannenden Projekten gearbeitet, wie zuletzt „Vorrang für sicheres Arbeiten“, welches zum Ziel hat, die Anzahl der Arbeitsunfälle auf null zu reduzieren.



Lehrlinge im Gefängnis

Ausbildung im Verborgenen



Sehr oft stehen Justizanstalten nicht im Scheinwerferlicht. Dass der Anton Benya Preis in einem Gefängnis überreicht wird, ist schon etwas Besonderes. Die Justizanstalt Wien-Simmering bemüht sich bei der Resozialisierung um die Ausbildung in verschiedenen Lehrberufen und zeigt bei Berufswettbewerben Erfolge.

Die Resozialisierung bedeutet Wiedereingliederung in das soziale Gefüge der Gesellschaft. Sie bezieht sich auf die Rückkehr von StraftäterInnen in das gesellschaftliche Leben außerhalb der Gefängnismauern, in ein Leben ohne Straftaten. Dazu gehört auch die Möglichkeit am Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen zu können. Ausbildung im Strafvollzug erfordert viel Zeit, Aufmerksamkeit, aber auch Sensibilität. Die Justiz-

anstalt Simmering bildet jährlich Lehrlinge in den Berufen Spengler, Metallbearbeitungstechniker, Tischler, Maler und Anstreicher, Maurer, Restaurantfachmann, Koch sowie Bäcker aus.

Eine Chance nach Haftentlassung. Der Fachausschuss Bäcker nimmt sich seit Längerem dieses sozialpolitisch wichtigen Projekts an. Erwin A. Kinslechner, zuständiger PRO-GE Sekretär für die Bäcker, begrüßt und unterstützt die Bemühungen. „Es ist wichtig, dass die Menschen nach ihrer Entlassung eine Chance im Leben bekommen“, meint er zu den Ausbildungsbemühungen. Dass diese nicht umsonst sind, bestätigt auch Christian Benesch vom Fachausschuss der Bäcker und als Bezirksinspektor in der Justizanstalt Wien-Simmering auch zuständig für die Ausbildung der Bäckerlehrlinge. „Natürlich können wir nicht jeden unterbringen, aber es gelingt tatsächlich nach abgeschlossener Lehrabschlussprüfung und Haftentlassung auch, einigen einen Arbeitsplatz zu vermitteln und damit zu einem geregelten Einkommen zu verhelfen“, so der Ausbilder stolz.

Ein Einkommen, welches die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Rückkehr in ein normales Leben ist.

Für eine Lehre in der Justizanstalt gibt es Voraussetzungskriterien. Erfüllt ein Häftling diese, kann er eine Ausbildung beantragen. So kommen aus ganz Österreich Häftlinge nach Simmering, um einen Beruf mit Lehrabschlussprüfung zu erlernen. Die erworbenen Fähigkeiten werden in den internen Fertigungswerkstätten angewandt, denn was die wenigsten wissen: Justizanstalten sind in vielen Belangen Selbstversorger und erledigen die Arbeiten intern. Da helfen auch die Lehrlinge mit.

Qualität der Ausbildung. Wer annimmt, die Ausbildung der Häftlinge sei nur eine Alibi-Aktion, täuscht sich. Die Lehrlinge können sich bei den durch die AK Wien und die Fachausschüsse durchgeführten Berufswettbewerben stets auszeichnen und damit die Qualität der Ausbildung regelmäßig bestätigen. Christian Deihsen von der Arbeiterkammer Wien würdigt die besonderen Leistungen der Lehrlinge bei den Berufswettbewerben und zeigt sich beeindruckt. „Es ist schon erstaunlich, dass die Lehrlinge hier im Wettbewerb bestehen können“, so Deihsen. Diese Berufswettbewerbe sind ein guter Indikator für den Stand einer Ausbildung.

All diese Bemühungen haben der Justizanstalt heuer die Auszeichnung des Anton Benya Stiftungsfonds für besondere Bemühungen im Bereich der Facharbeit gebracht. Justizanstaltsleiterin Mag. Krista Schipper freut sich über die Anerkennung. Der Preis gibt den Anstrengungen Recht. Ein Engagement, das des Öfteren gerne verborgen bleibt, wenn es um eine notwendige Resozialisierung und ein Leben nach dem Gefängnis geht.

Österreich braucht neue Arbeitsplätze

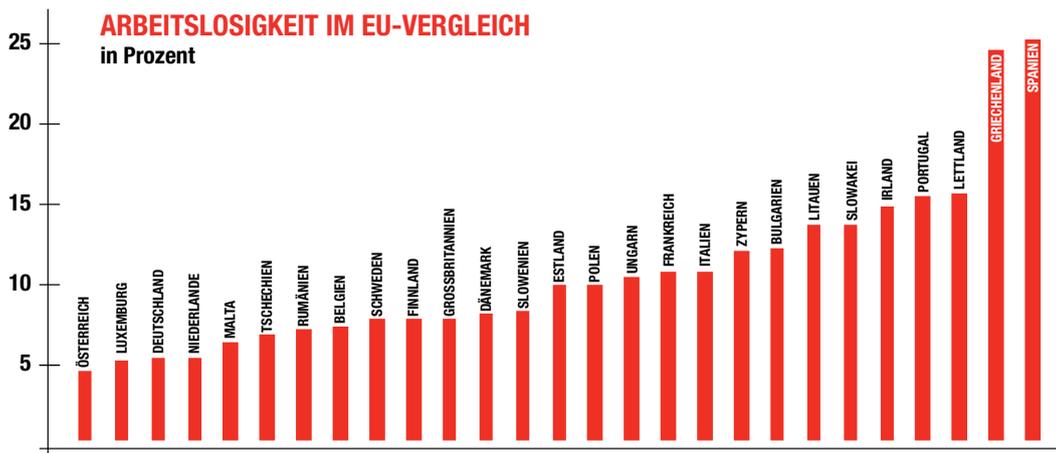
Europa in der Rekord-Arbeitslosigkeit

Das EU-Statistikamt Eurostat präsentierte kürzlich die letzten Zahlen für September 2012. Die Arbeitslosenrate in der Eurozone hat mit 11,6 Prozent ein neues Rekordniveau erreicht.

(ArbeitnehmerInnen unter 25 Jahre) liegen hinter Österreich (7,5 Prozent) die Niederlande (8,0 Prozent) und Deutschland (8,3 Prozent). Nur diese drei Staaten weisen einstellige Quoten auf. Die höchste Jugendarbeitslosigkeit verzeichnet Spanien mit 47,8 Prozent, gefolgt von Griechenland mit 46,5 Prozent.

Österreich steht im Ländervergleich mit seinen 4,4 Prozent nach der EU-Berechnungsmethode noch relativ gut da und weist weiterhin die geringste Arbeitslosenrate in der EU-27 auf. Doch das hilft den Betroffenen nur wenig. Denn im September 2012 waren insgesamt 25,75 Millionen Menschen in Europa ohne Beschäftigung, 5,52 Millionen Jugendliche fanden keine Arbeit. Bei der Jugendarbeitslosigkeit

Betroffene. Trotz all dieser Statistik und Zahlenspielerien steht eines außer Zweifel: Jeder betroffene Arbeitslose ist einer zu viel, unabhängig davon, ob in Österreich als einer von 4,4 Prozent oder in anderen Teilen Europas als einer von über 25 Millionen. Österreich und Europa brauchen verstärkte Anstrengungen, um Wachstum zu schaffen und den Ausbau des Sozialstaats zu beschleunigen. Denn dann entstehen auch Arbeitsplätze. Investitionen in Pflege, Bildung und Kinderbetreuung schaffen direkt Jobs.

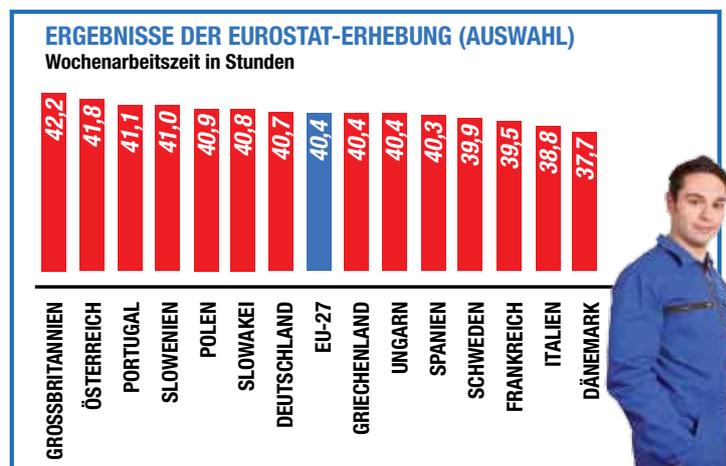


Wochenarbeitszeit im EU-Vergleich

Lange Arbeitszeit

Das EU-Statistikamt Eurostat erhob die durchschnittlichen Arbeitszeiten für das Jahr 2011. Ergebnis: Großbritannien und Österreich haben die längsten Arbeitszeiten in der EU.

Die Arbeitszeit der österreichischen Beschäftigten liegt weiterhin höher als in fast allen anderen europäischen Ländern. Eurostat gibt für das Jahr 2011 eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 41,8 Stunden in Österreich an. Nur in Großbritannien wird noch mehr gearbeitet, nämlich 42,2 Stunden pro Woche. Der Durchschnitt der 27 EU-Länder liegt bei 40,4 Stunden. In Dänemark können die ArbeitnehmerInnen bei 37,7 Arbeitsstunden jede Woche über vier Stunden mehr Freizeit genießen als Beschäftigte hierzulande.





Freiwillige Feuerwehren im Einsatz: Die PRO-GE Jugend fordert mehr gesetzliche Anerkennung.

„Dabei wird unter den Tisch fallen gelassen, dass bei Katastropheneinsätzen in erster Linie die freiwilligen Feuerwehren, gemeinsam mit den Berufsfeuerwehren, Hilfe leisten“, entgegnet Michlmayr. Ihre Situation sollte verbessert werden, anstatt den Katastrophenschutz zur unüberwindbaren Hürde einer Wehrpflicht-Abschaffung hochzustilisieren.

Rund 24.000 Jugendliche engagieren sich in Österreich bei freiwilligen Feuerwehren. Ihre Leistungen ebenso wie jene der ehrenamtlichen Mitglieder von Rotem Kreuz und anderen Hilfsorganisationen werden in Sonntagsreden gerne hoch gewürdigt, im Gesetz findet die Anerkennung allerdings keinen Niederschlag. Die Österreichische Gewerkschaftsjugend fordert schon länger einen gesetzlichen Anspruch auf bezahlte Freistellung bei Katastropheneinsätzen.

Freiwilliges Sozialjahr sichert Sozialwesen.

Die PRO-GE Jugend steht zudem voll hinter dem Modell des freiwilligen Sozialjahres als Ersatz für den Zivildienst. Vor allem die kollektivvertragliche Entlohnung wäre ein echter Meilenstein, stellt Michlmayr fest: „Geleistete Arbeit gehört auch dementsprechend entlohnt, ein Grundprinzip gewerkschaftlichen Denkens.“ Dass Rettungs- und andere soziale Dienste dann nicht mehr finanzierbar wären, lässt Michlmayr nicht gelten. „In einem der reichsten Länder der Welt muss es möglich sein, derart lebensnotwendige Dienste aufrecht zu erhalten, ohne junge Menschen dazu zwangsweise zu verpflichten.“

„Die Frage ist nicht, ob sich die Gesellschaft das leisten kann, sondern ob sie es sich leisten will“, hält der PRO-GE Jugendvorsitzende fest. Schließlich „finanziert“ derzeit eine kleine Gruppe quasi alleine den Grundwehrdienst und den Zivildienst, nämlich die betroffenen jungen Männer mit ihrer Zeit. Stehen diese im Arbeitsleben, lässt sich der Preis auch leicht in Geld umrechnen: Ein junger Facharbeiter der Metallindustrie „bezahlt“ den Grundwehrdienst beispielsweise mit einem Entgeltverlust von mehr als 8.300 Euro.

PRO-GE Jugend für freiwilliges Sozialjahr und Ende der Wehrpflicht

Freiwillige vor!

„Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres oder sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?“ Am 20. Jänner soll diese Frage bei einer Volksbefragung beantwortet werden. Die PRO-GE Jugend spricht sich eindeutig für ein Ende der Wehrpflicht aus.

„Für junge Facharbeiter bedeutet der Grundwehrdienst, an einem besonders sensiblen Zeitpunkt ihres beruflichen Weges aus dem Arbeitsumfeld gerissen zu werden“, erklärt Jürgen Michlmayr, PRO-GE Jugendvorsitzender, die Gründe. „Danach muss sehr viel Energie zur Wiedereingliederung in den betrieblichen Ablauf investiert werden.“ Kompensiert der Betrieb den Ausfall durch Nachbesetzung, wackelt als „Belohnung“ für den Dienst am Staat möglicherweise sogar der Arbeitsplatz.

Freiwillige Dienste fördern. Katastrophenschutz und soziale Dienste seien durch eine Abschaffung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes in Gefahr, so die Hauptargumente der Wehrpflicht-BefürworterInnen.

LINKTIPP:

Die Website der PRO-GE Jugend:
www.proge-jugend.at



Mondelez sperrt Wiener Jacobs-Rösterei zu

Bitterer Abgang

Ein kleiner Wiener Betrieb bekommt die Auswirkungen „großer Geschäfte“ zu spüren: Anfang Oktober teilte sich Kraft Foods Inc. in die nordamerikanische Kraft Foods Group und Mondelez International.

Einen Monat später kündigte Mondelez an, die Jacobs-Rösterei in Wien zu schließen.

Die traditionsreiche Kaffeerösterei im Wien-Penzing ist damit das erste Opfer der Teilung des drittgrößten Nahrungsmittelherstellers der Welt. „Bei Mondelez wird damit nahtlos fortgesetzt, was bei Kraft Foods seit Langem üblich war: Auf nachhaltige Unternehmenspolitik wird zugunsten kurzfristiger Profite am Aktienmarkt verzichtet“, kritisiert Gerhard Riess, Branchensekretär der Gewerkschaft PRO-GE.

Schoko rein, Pizzen raus. Die Aufspaltung ist der bisherige Höhepunkt einer Reihe von rasanten An- und Verkäufen von Marken und Firmenbeteiligungen. Im Jahr 2007 übernahm Kraft, Besitzerin von u. a. Milka, Philadelphia oder Oreo, die Biskuitsparte des französischen Konkurrenten Danone. 2010 folgte die Übernahme des englischen Traditionsunternehmens Cadbury, während das Nordamerika-Geschäft mit Tiefkühlpizzen an den weltweit größten Lebensmittelkonzern Nestlé verkauft wurde.

Geld für Aktionäre, Jobverlust für Beschäftigte. Die Deals hatten eines gemeinsam, stellt Riess fest: „Aktionäre und Finanzinvestoren konnten Profit machen. Bezahlt haben dafür in jedem einzelnen Fall die Beschäftigten – mit Arbeitsplatzverlusten und Werkschließungen.“ Besonders eindringliches Beispiel: das Cadbury-Werk in Somerdale bei Bristol mit rund 500 ArbeitnehmerInnen. Das Ende für die Schokoladefabrik war bei Cadbury schon beschlossen. Während der Übernahme-Verhandlungen deutete Kraft jedoch an, dass Somerdale dadurch erhalten werden könnte. Kaum war das Geschäft perfekt, sperrte Kraft das Werk zu.

Die Entwicklung erreicht Österreich. Dass die kleine, aber profitable Wiener Rösterei nur wegen veränderten Marktbedingungen geschlossen wird, kauft Riess der Mondelez-Geschäftsführung nicht ab: „Das Unternehmen steht vom Start weg unter großem wirtschaftlichem Druck. Entgegen früherer Ankündigungen blieben die finanziellen Altlasten aus den Danone- und Cadbury-Übernahmen nämlich fast zur Gänze alleine bei Mondelez.“

Bitterer Nachgeschmack. Für die Produktionsgewerkschaft hat jetzt oberste Priorität, die Folgen für die 35 ArbeitnehmerInnen abzumildern. „In Absprache mit Beschäftigten und Betriebsrat wird jetzt über einen Sozialplan verhandelt. Das Ergebnis wird dann der Belegschaft zur Abstimmung über die Annahme vorgelegt“, berichtet Riess. Was bleibt, ist die Hoffnung auf ein Umdenken im Konzern: „Vielleicht kommt Mondelez ja doch einmal drauf, dass ein kurzfristiges Hoch des Aktienkurses echte Wertschöpfung nicht ersetzen kann.“

Achtung Kamera

Vivatis: Die Betriebsrätinnen und Betriebsräte der Konzerngruppe Vivatis haben am 25. Oktober 2012 in Wien ihren Konzern-Betriebsrat gewählt. Zur Vivatis Holding AG gehören Hersteller von Nahrungsmitteln in Mitteleuropa. Sie führt auch Unternehmen in Österreich. Vorsitzender des neuen Konzern-Betriebsrates wurde Stefan Weber.



Anton Benya Preis: Die zuständigen Ausbilder der Justizanstalt Simmering nahmen die Auszeichnung des Anton Benya Stiftungsfonds für besondere Bemühungen im Bereich der Facharbeit entgegen. In der Mitte die Leiterin Mag. Krista Schipper mit dem überreichten Preis. (Reportage siehe Seite 16)



Lehrlinge bei voest-Donawitz. 39 Jugendliche haben heuer im September bei voestalpine Stahl Donawitz eine Lehrausbildung begonnen. Selbstverständlich werden die jungen MitarbeiterInnen auch von einem Jugendvertrauensrat vertreten.



100 Jahre Anton Benya: Anton Benya wäre am 8. Oktober 2012 hundert Jahre alt geworden. Anlässlich seines Gedenkens veranstaltete die PRO-GE eine Podiumsdiskussion mit prominenten Diskutanten. v. l. n. r.: Josef Weidenholzer, Historiker und EU-Abgeordneter, Herbert Krejci, ehem. Generalsekretär der Vereinigung österreichischer Industrieller, Prof. Gerhard Vogl, ehem. Chefredakteur des ORF, Rudolf Nürnberger, Ehrenvorsitzender der PRO-GE.



Weiterbildung zählt: So auch in Vorarlberg. Betriebsrätinnen und Betriebsräte machten sich im Kurs „Wir steigen ein!“ fit für die Herausforderungen der täglichen Betriebsratsarbeit. Im Bild die TeilnehmerInnen des Seminars vom 15. bis 19. Oktober 2012, welches erstmalig in Lingenau stattgefunden hat.





PRO-GE Rechtsexpertin Susanne Haslinger fordert alle Kupex-Geschädigten auf, sich zu melden.

Alles, was Recht ist

Lohnbetrug aufgedeckt

Arbeitskräfteüberlassungsgesetz und der Kollektivvertrag gelten auch für LeiharbeiterInnen, die aus anderen Ländern nach Österreich überlassen sind. In einem besonders eklatanten Fall von Lohndumping durch grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung konnte die PRO-GE jetzt erfolgreich einschreiten.

LINKTIPP:

Mehr Rechtsinfos unter www.proge.at/recht

Lange war Dáša D. nicht bei „Hubers Landhendl“ im oberösterreichischen Pfaffstätt beschäftigt. Die Slowakin wurde von der ebenfalls in der Slowakei beheimateten Firma Kupex an Hubers überlassen. Nach nur zwei Monaten war das Arbeitsverhältnis wieder beendet. Als ihr Fall Ende August durch die Initiative ihrer Salzburger Verwandten die Gewerkschaft PRO-GE beschäftigt und bei regionalen Medien für Aufregung sorgt, befindet sie sich schon nicht mehr in Österreich.

Lohndumping und „Strafen“. In den Unterlagen der Leiharbeiterin lie-

ßen sich Verstöße gegen kollektivvertragliche und arbeitsrechtliche Bestimmungen in seltenem großem Umfang erkennen. Die Entlohnung lag unter dem anzuwendenden Kollektivvertrag der Arbeitskräfteüberlassung, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld wurden ebenso wenig ausbezahlt wie nicht verbrauchte Urlaubstage. Die Kosten für die im Lebensmittelgesetz vorgeschriebene Gesundheitsuntersuchung, für Unterkunft und Bustransfers wurden vom Lohn einbehalten. Besonders dubios: Eine „Strafe“, vermutlich für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses, von 100,- Euro. Keiner dieser Abzüge ist rechtlich zulässig.

„Nichts ausgelassen“. Die Kündigungsfrist wurde mit einer dreimonatigen Probezeit umgangen, dreimal so lange wie erlaubt. Ein unverhältnismäßiger Anteil an Spesenersatz für Reisekosten legt die Vermutung nahe, dass Steuern und Sozialabgaben – wenn auch hauptsächlich in der Slowakei – hinterzogen wurden. „Hier wurde gegen so gut wie alle

rechtlichen Bestimmungen verstoßen, bei denen sich die Möglichkeit bot“, fasst PRO-GE Rechtsexpertin Susanne Haslinger zusammen. Insgesamt wurden der Arbeiterin damit in nur zwei Monaten Ansprüche im Ausmaß von rund 3.500,- Euro vorenthalten.

Fürsorgepflicht verletzt. Begangen hat die Verstöße eindeutig Kupex. Aber auch Hubers Landhendl hat seine Verantwortung vernachlässigt, stellt Haslinger klar: „Der Beschäftigterbetrieb hat eine Fürsorge- und Aufklärungspflicht und darauf zu achten, dass die arbeitsrechtlichen Bestimmungen auch bei Leiharbeit eingehalten werden.“ Immerhin hat Hubers die Konsequenz gezogen und die Zusammenarbeit mit Kupex beendet. Die ArbeitnehmerInnen wurden in reguläre Beschäftigungsverhältnisse übernommen.

Nachzahlung durchgesetzt. Für Dáša D. hat die PRO-GE Rechtsabteilung die vorenthaltenen Leistungen bei Kupex erfolgreich eingefordert. Ganz abgeschlossen ist der Fall für die PRO-GE aber nicht. Bis zu 100 slowakische ArbeiterInnen waren bei Hubers Landhendl im Einsatz, sehr wahrscheinlich zu ähnlichen Bedingungen. Haslinger hofft, dass sich noch möglichst viele der Betroffenen melden, um auch ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Die ExpertInnen der PRO-GE-Rechtsabteilung helfen bei rechtlichen Fragen unter der Tel.-Nr. (01) 534 44-69142 bzw. per E-Mail an recht@proge.at gerne weiter.



Neue Preise

Kärnten: Hauptsaison 2013

PRO-GE
Urlaub & Seminar GmbH

HAUS VELDEN 2013 Hauptsaison – Preise pro Appartement/Nacht exkl. Kur-/Ortstaxe

Die Anmeldezeit für die Hauptsaison 2013 (29. Juni 2013 bis 31. August 2013) ist wieder in den ersten beiden Dezemberwochen 2012.

Kategorie		PRO-GE	ÖGB	Nichtmitglieder
5–6 (7) Personen	Parkappartement	€ 105,00	€ 123,00	€ 166,00
Aufzahlung für 7. Person	im Parkappartement	€ 12,00	€ 14,00	€ 16,00
4–5 Personen	Parkappartement	€ 22,00	€ 96,00	€ 130,00
2–3 Personen	Parkappartement	€ 62,00	€ 76,00	€ 99,00
2–3 Personen	Seeappartement – ohne Seeblick	€ 64,00	€ 79,00	€ 102,00
2–3 Personen	Seeappartement – mit Seeblick	€ 70,00	€ 83,00	€ 108,00
6 Personen	Terrassenappartement	€ 121,00	€ 142,00	€ 192,00
4 Personen	Terrassenappartement	€ 92,00	€ 109,00	€ 147,00

HAUS KRUMPENDORF 2013 Hauptsaison – Preise pro Appartement/Nacht exkl. Kur-/Ortstaxe

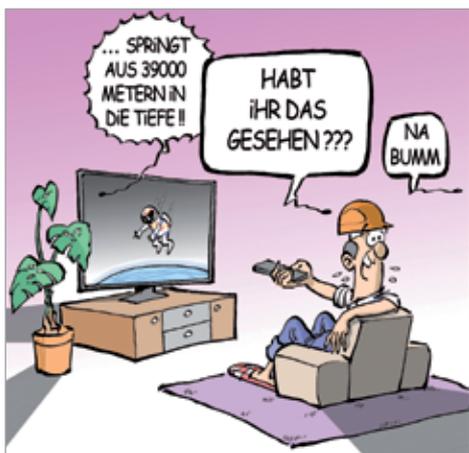
Die Anmeldezeit für die Hauptsaison 2013 (29. Juni 2013 bis 31. August 2013) ist wieder in den ersten beiden Dezemberwochen 2012.

Kategorie		PRO-GE	ÖGB	Nichtmitglieder
2–3 Personen	Appartement/Bungalow	€ 62,00	€ 76,00	€ 96,00
4–5 Personen	Appartement/Bungalow	€ 82,00	€ 96,00	€ 130,00

INFOS UND BUCHUNGEN:

Infos über Preise und aktuelle Angebote der PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH gibt es im Internet unter www.proge.at/urlaub. Wie immer werden PRO-GE Mitglieder mit schulpflichtigen Kinder vorrangig berücksichtigt. Wer keinen Zugang zum Internet hat, kann sich direkt in der PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH telefonisch informieren bzw. das gewünschte Angebot dort buchen: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-69705 od. 69707, Fax: (01) 534 44-103211, E-Mail: urlaub@proge.at

CARTOON:



Preisrätsel



Schicke das Lösungswort mit Namen und Adresse bis 3. Dezember 2012 an

PRO-GE, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

(bitte ausreichend frankieren)

oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 1 Wenn ich witzele ... kommt S vor dem Ausweis (danach E, klar)
- 5 Ein solcher ist der Augustin/ lied-erlich (und alles is' hin)
- 8 Harte Bandagen der Experten? Deren sechs hat die Metallindustrie, wie auf S. 4 nachzulesen (Mz.)
- 9 Literarisch der Bruder vom Dränger, hat im Fußball den Zug zum Tor
- 10 Passende Antwort auf die Frage, wie du heißt
- 12 Die Band kann gleich zweifach Quartett spielen?
- 14 Stöbert, sinnlich: „Der Jäger seinen Dackel führt/ zum Bau, wo der den Fuchs auf–“
- 16 Bei dem Frauenmagazin sieht man Schwarzer
- 18 Eigenartiges Ballroom-Vergnügen? Dort gibt's in Vorarlberg (keine alten) Schachteln! (siehe S. 14)
- 20 Ganz global gesagt: hier hamma/ ÖGB und Wirtschaftskammer (siehe S. 11)
- 21 Halte-Stelle, Henkel-artig (Mz.)
- 22 Dichtung aus dem Busch: Wer war es, der bei Witwe Bolte/ mit Max die guten Hühner holte?

Senkrecht:

- 2 In Steyr plakativ ausgestellt: Quasi Kurz-Arbeit für eine ganze Generation? (siehe S. 12)
- 3 Ob für Vorhänge oder Verrenkungen – mit ihr kommt alles ins rechte Geleise (!)
- 4 Gesichtszüge im Ganzen, sind hier verkehrt abzulesen
- 5 Früher freie Verteidiger (Mz., vor Viererkette verbreitet)
- 6 Der Gewerkschafter wird auf S. 16 und 20 preis-würdig genannt
- 7 Ein Gigant (!) unter den Rechnern
- 11 Wenn das getan die Köchin hat, sind's Kraut und Rüben schon – Salat!
- 13 Wer's beim Bankett tat, *faltete* die Servietten in anderer Reihenfolge?
- 15 Kein ganz Verstorbener aus dem Zombie-Film
- 16 Winter-Weisheit: Einzuheizen bloß mit Reisig/ hilft nichts, denn es ist ja –!
- 17 Finanzministerieller Rufname aus Schotter-Land
- 19 Das Warnsignal gibt dir jeder englische Wecker

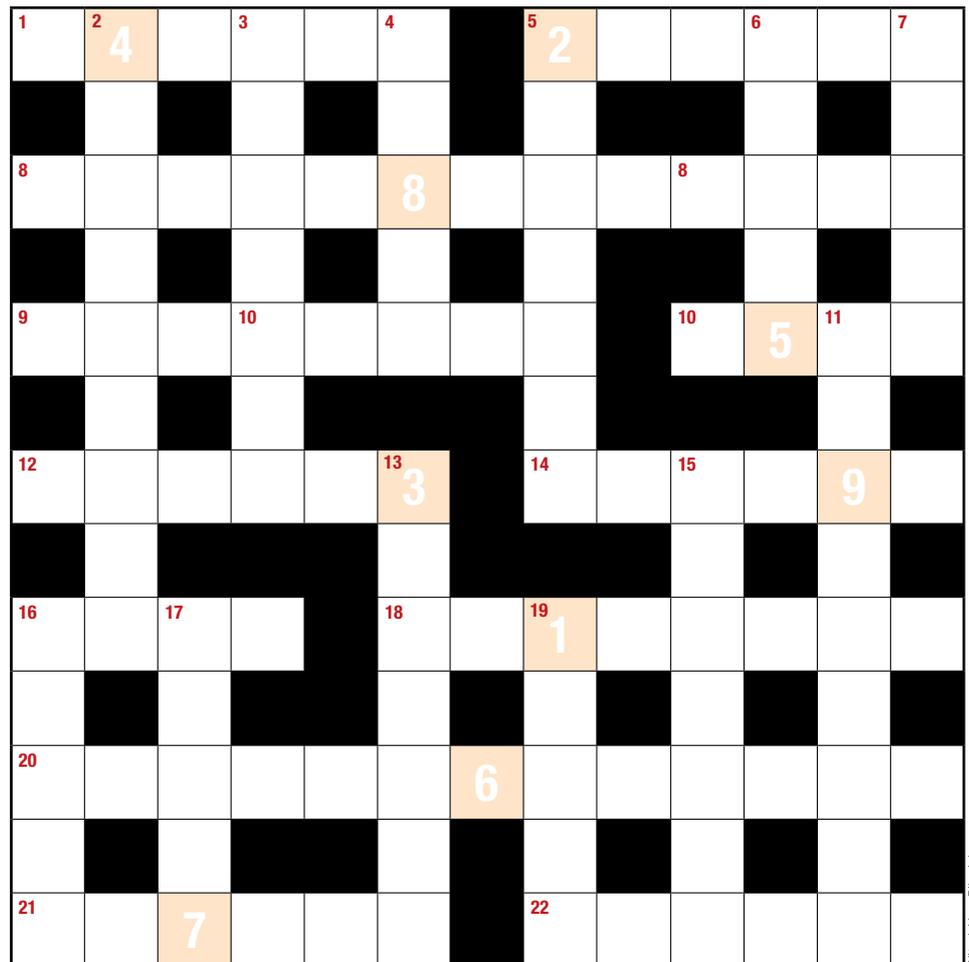


Zu gewinnen gibt es:

Jeweils einen ultracoolen und supergroßen Rechner im A4-Format in Grün oder Rosa.

Das spaßige „Original“ vom Cover dieser „Glück auf!“-Ausgabe!

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht einen im Sommer beliebten Sitz-Platz.



Rätsel: Vera Ritarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!: EINHEITLICH

W: 7 HASE 8 EQUAL PAY 9 VOLLMACHT 10 DEO 12 TATORT 13 NAEHER 15 SAILER 17 TAMINO
18 DAY 20 WERKSPool 22 SLOWAKEI 23 EBER

S: 1 PANORAMA 2 ZELLWOLLE 3 GEHALT 4 KUCHEN 5 OLE 6 DAME 11 HEIMSPIEL
14 EINHOLEN 16 ROECKE 17 TAKTIK 19 ALLE 21 KWH

Der Gewinner aus Ausgabe 3 GLÜCK AUF!

Kurt Halaxa, 1200 Wien; Josef Mihajcevic, 4850 Timelkam; Kurt Preiser, 2041 Wullersdorf;
Edith Weiner, 7537 Neuberg; Elisabeth Ziegerhofer, 2640 Gloggnitz

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

 Straße/Gasse Haus-Nr. / Stiege/ Stock / Tür

 Postleitzahl Ort

Besten Dank

PRO-GE
 proge-shop.at

Exklusiv in unserem Online-Shop.

Schon jetzt für Weihnachten bestellen!

Ab sofort gibt's auf viele unserer
 Werbeartikel bis zu minus 50 Prozent.

Zusätzliche Werbung wie Betriebsratslogos oder
 Ähnliches ist auf diesen Produkten ebenfalls möglich!

Nimm dafür bitte direkt Kontakt mit der Fa. KOLIBRI auf.

Tel: +43 (0) 2254/763 33-20 od. -21

E-Mail: proge@kolibri.eu

bis
-50%
 ab sofort auf viele Artikel



www.proge-shop.at